

Dokumentation

DAS „PROGRAMM VOLKSPOLENS“ VON 1941
Zur gesellschaftspolitischen Grundsatzdiskussion im polnischen
Widerstand

Besatzungspolitik und Widerstandsbewegung in der Zeit des Zweiten Weltkrieges nehmen in der polnischen Historiographie einen ungewöhnlich breiten Raum ein. Diese Intensität historischer Forschung ist ein Reflex der Bedeutung, die Okkupation und Résistance im historisch-politischen Bewußtsein der Polen heute besitzen. Besonders zahlreich sind in der Widerstandsliteratur Berichte und Dokumentationen zum Partisanenkampf vertreten, vor allem so weit sie die Aktionen der kommunistischen Verbände, der „Gwardia Ludowa“ (Volksgarde) und „Armia Ludowa (Volksarmee) und auch des linken Flügels der „Bataliony Chłopskie“ (Bauernbataillone) betreffen. Bei einem Blick auf die Quantität der diesen Bereich behandelnden Arbeiten verschiebt sich suggestiv, aber historisch falsch, das Gesamtbild, das von einer ans Chaotische grenzenden Vielfalt verschiedener Gruppen mit unterschiedlicher politischer und militärisch-taktischer Zielsetzung gekennzeichnet ist, zuungunsten des nichtkommunistischen Widerstandes, der seinerseits ein breites politisches Spektrum von rechts-nationalen und faschistoiden bis zu links-sozialistischen Gruppen umfaßte. Ist dieser nichtkommunistische Teil der polnischen Untergrundbewegung schon in der Behandlung des aktiven Widerstandskampfes historiographisch unterrepräsentiert, so gilt das in viel größerem Umfang für die wichtige Frage nach der grundsätzlichen politisch-gesellschaftlichen Orientierung und Programmatik. Die Dokumentation und Analyse der im Widerstand entwickelten Vorstellungen ist für die „Londoner“, d. h. die der Exilregierung untergeordneten Parteien, und unter ihnen besonders für eine der wichtigsten Parteien, die polnischen Sozialisten, kaum in rudimentären Ansätzen geleistet¹.

Der hier in deutscher Sprache wiedergegebene Text eines der politischen Schlüsseldokumente der Résistance kann auf diese Lücke nur noch einmal hinweisen, im übrigen aber vielleicht doch in einem groben Umriß die Spannweite und Intensität der innerpolitischen Diskussion im Untergrund sichtbar machen.

Die Entstehung des Manifestes fällt in eine Zeit, in der die Widerstandsbewegung als politische Organisation hinsichtlich der Kooperation der verschiedenen Parteien noch keineswegs konsolidiert war. Insofern ist der Text zwar aus Diskus-

¹ Vgl. über die parteipolitischen Probleme im „Londoner Lager“ allgemein E. Duraczyński, *Stosunki w kierownictwie podziemia londyńskiego 1939–1943*, Warschau 1966. Eine Analyse des linken Flügels der PPS, der sich abspaltete, gibt A. Przygoński, *Polityka i działalność lewicy socjalistycznej w latach 1939–1944*, in: *Problemy wojny i okupacji 1939–1944*, hrsg. v. W. Góra und J. Gołębiowski, Warschau 1969. Dort finden sich auch mehrere Aufsätze zur Haltung der verschiedenen Parteien gegenüber wichtigen Problemen wie Landreform, Nationalisierung der Industrie, Grenzfragen usw.

sionen verschiedener Parteien hervorgegangen, wie es in der Einleitung heißt, – formuliert, verantwortet und publiziert wurde er aber allein von der Führung der PPS, die sich im Untergrund WRN (Wolność, Równość, Niepodległość; Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit) nannte. Man hoffte, wie Stanisław Zaremba, einer der Verfasser der Erklärung in der WRN-Führung, in seinen Erinnerungen schreibt, daß von dieser Veröffentlichung eine Art Signalwirkung ausgehen würde und sich andere Parteien, vor allem das „Stronnictwo Ludowe“ (Bauernpartei) diese ideologische Plattform zu eigen machen würden². Programmatische Erklärungen, die neben dem Kampf gegen die Okkupanten auch die Formulierung politischer Zukunftsvorstellungen zum Inhalt hatten, gab es zwar schon vorher, so z. B. einen Aufruf der PPS zum 1. Mai 1940³, aber als erster umfassender Entwurf eines politischen Programms und als Beginn eines politischen Diskussions- und Klärungsprozesses in allen relevanten Gruppen kann doch erst dieses „Programm Volkspolens“ gelten. Die hier ausgearbeiteten Grundlinien wurden in den folgenden Jahren durch ausführliches „Material zum Programm Volkspolens“ ergänzt und konkretisiert⁴.

Ein Indikator für die Bedeutung dieses Programms ist neben der Wichtigkeit, die ihm von der Führung der größten polnischen Partei beigemessen wurde, die Verbreitung im Untergrund und auch im Ausland.

Nach Angaben der Bibliographie der konspirativen Drucke gab es in Polen selbst zwei, nach Angaben Zarembas drei Auflagen, davon hatte die zweite die für illegale Drucke ungewöhnlich hohe Auflagenzahl von 10000 Stück. Außerdem erschienen 1941 Nachdrucke in Frankreich (illegal) und England. In London wurde das Programm überdies im „Robotnik Polski“ veröffentlicht und 1943 in die Sammlung der PPS „Ziele und Wege der Arbeiterbewegung im Untergrund in Polen 1939–1942“ aufgenommen. In englischer Übersetzung erschien es 1942 mit einem Vorwort Arthur Greenwoods von der Labour Party unter dem Titel „Towards a new Poland, A programme of the Polish underground movement“, außerdem 1943 und 1944 in New York in insgesamt vier Ausgaben⁵.

Die „Delegatura“ in Warschau, d. h. die Spitze der regierungstreuen Résistance, hob in einem Bericht über die Situation der polnischen Jugend 1943/44 ausdrücklich die große Popularität des „Program Polski Ludowej“ hervor und unterstrich

² St. Zaremba, *Wojna i konspiracja*, London 1957, S. 170.

³ In englischer Übersetzung abgedruckt bei J. Karski, *Story of a Secret State*, Boston 1944, S. 108f.

⁴ Unter anderem erschien ein Heft III zum kulturellen Wiederaufbau Polens, das 1944 auch in New York in einer Broschüre veröffentlicht wurde: *The Proposed Educational Reconstruction in People's Poland*, 2. Aufl. New York 1944.

⁵ W. Chojnacki, *Bibliografia zwartych druków konspiracyjnych wydanych w latach 1939–1945*, Warschau 1970, S. 254. Zaremba, a. a. O., S. 172. *Z pola walki, Cele i drogi podziemnego ruchu robotniczego w Polsce 1939–1942*, London 1943, S. 25ff. Dieser Text liegt meiner Übersetzung zugrunde.

seine Bedeutung für die gerade zur politischen Orientierung der Jugend notwendige Grundsatzdiskussion in den Organisationen des Untergrundes⁶.

In London empfahlen 12 linksstehende Abgeordnete des Exilparlamentes, der „Rada Narodowa“, der Regierung, auf der Grundlage dieses Manifests ein Programm über die künftige Struktur Polens zu entwerfen. Zugleich starteten konservative Kreise heftige Angriffe gegen die PPS und warfen ihr bolschewistische Tendenzen vor⁷.

Daß das Programm die Kritik der Rechten auf den Plan rief, ist kaum verwunderlich. Ein solches radikales, demokratisch-sozialistisches Programm konnte schwerlich auf Zustimmung der Schichten rechnen, die das Vorkriegsregime in Polen getragen hatten. Die scharfe Kritik der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Struktur Polens vor dem Kriege durchzieht als roter Faden das ganze Manifest und bildet den Hintergrund, auf dem die programmatischen Zukunftsvorstellungen formuliert werden.

Das geforderte Bündnis zwischen Arbeiterschaft, Bauern und demokratischer Intelligenz trägt der tatsächlichen Lage Polens Rechnung, denn die Bauern bildeten noch den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung, die Arbeiter waren ihnen gegenüber zwar weit in der Minderzahl, aber doch die politisch bedeutendste Kraft innerhalb der Vorkriegsopposition und besonders in den ersten Jahren die wichtigste Stütze der Widerstandsbewegung⁸. Die Intelligenz, deren Kennzeichen vor dem Zusammenbruch ihr soziales Getto gewesen war, wurde durch die Okkupationspolitik nicht nur von der völligen Pauperisierung bedroht, sondern gleichzeitig auch in einen Prozeß der Umbesinnung gestoßen, der die demokratische Komponente ihrer Tradition wieder aktualisierte und zumindest einen bedeutenden Teil von ihr zum Bündnis mit Arbeitern und Bauern drängte. Der in seiner kaum überschaubaren Vielfalt von Organisationen sehr komplizierte „Untergrundstaat“ wurde zwar im wesentlichen von den Vertretern der Intelligenz aufgebaut und in Gang gehalten, ohne aktive Stützung durch die breite Bevölkerung wäre er jedoch zweifellos rasch vernichtet worden. Bei aller anfänglichen Distanz der Arbeiter und Bauern zur Intelligenz war dennoch klar, daß ein demokratisches Zukunftsprogramm ohne sie schwerlich zu realisieren sein würde. Insofern bedeutete dieses „Dreier-Bündnis“ in der Tat mehr als die Beschwörung einer klassischen sozialistischen Formel.

Das „Programm Volkspolens“, das durchaus signifikant für Stil und Intensität der politischen Grundsatzdiskussion in der polnischen Résistance links von der

⁶ *Sytuacja młodzieży wojennej* (o.D., ca. 1943/44), Fotokopie in der Biblioteka Polska London, S. 11.

⁷ Zaremba, a. a. O., S. 171.

⁸ Die Bauern mit Kleinbesitz stellten in der Zwischenkriegszeit ca. 52 % der Gesamtbevölkerung, rechnet man Landarbeiter und Landlose dazu, waren es ca. 61 %. Rund 20 % der Bevölkerung waren Arbeiter, davon jedoch kaum die Hälfte im engeren Sinne Industriearbeiter. Der Anteil der „Geistesarbeiter“ wird mit rund 5 % angegeben und umfaßt auch die Angehörigen der technischen Intelligenz, der Bürokratie usw. A. Ajnenkiel, B. Leśnodorski, W. Rostocki, *Historia Ustroju Polski (1764–1939)*, 2. Aufl. Warschau 1970, S. 187.

Mitte ist, weist auf die – etwa im Vergleich mit Deutschland – grundlegend andersartige soziale Basis hin, die konservativ-autoritären gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen nur bei den rechtsorientierten oder allenfalls bei der sich „unpolitisch“ verstehenden „Armia Krajowa“ eine Chance ließ. Vergleiche mit den Vorstellungen deutscher Widerstandsgruppen sind daher wenig ergiebig⁹.

Im Gegensatz zu späteren Programmen ist hier die Konzentration auf innere Fragen und das Fehlen jeder konkreten Stellungnahme zu außenpolitischen und Grenzproblemen auffällig. In der Frage der polnischen Westgrenze, in der sich die WRN ohnehin auch später im Vergleich zu anderen Parteien und Gruppen stark zurückhielt¹⁰, mochten Aussagen zur Zeit des Höhepunkts nationalsozialistischer Machtentfaltung allerdings wenig aktuell erscheinen. Zum damals erheblich brisanteren Problem der polnischen Ostgebiete und der Annullierung der im deutsch-sowjetischen Pakt von 1939 vereinbarten Linie war eine ausdrückliche Stellungnahme vor allem aus taktischen Gründen unangebracht, da erst am 30. Juli 1941 durch den polnisch-sowjetischen Vertrag die Sowjetunion vom Okkupanten zum Bündnispartner geworden war, wobei die heikle Grenzfrage eher ausgeklammert als geklärt worden war¹¹.

Daß dieses Manifest zum Zeitpunkt der deutschen „Siege an allen Fronten“ formuliert wurde, mag zum einen Ausdruck eines verzweifelten Selbstbehauptungswillens und eines schon ans Phantastische grenzenden militärischen und politischen Optimismus sein, auf der anderen Seite hatte es gerade in dieser Situation auch die nach innen gerichtete Funktion, der politischen Demoralisierung und den sichtbar werdenden Ansätzen zur Kollaboration entgegenzuwirken, zumal es anfangs zu den Prinzipien der deutschen Besatzungspolitik gehörte, die Massen der Arbeiter und Bauern so weit wie möglich zu schonen und zur loyalen Erfüllung der Arbeit anzuhalten, hingegen vornehmlich die politische und soziale Führungsschicht mit allen Mitteln auszuschalten.

Die Formulierung und Propagierung politischer Zukunftsvorstellungen hatte daher, sowenig sie zeitlich unmittelbar aktuell sein mochte, die entscheidend wichtige Aufgabe, diesen auf die Dauer gefährlichsten Konsequenzen der Besatzungspolitik durch politische Integration entgegenzuwirken und so dem Widerstand neben seiner Abwehrfunktion zugleich positive Orientierungsziele zu setzen.

Die Frage, welche Bedeutung das Programm für die Nachkriegspolitik Polens hatte, läßt sich in diesem Rahmen kaum beantworten. Dazu wäre eine genauere Analyse der politischen Plattformen, Direktiven und Gesetze Volkspolens aus den

⁹ Vgl. W. Lippens, Europa-Förderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, München 1968, S. 153 und 320. „Auffällige Verwandtschaft“ zwischen den „Grundsätzen für die Neuordnung“ des Kreisauer Kreises vom 9. August 1945 und dem „Programm Volkspolens“ vermag ich – abgesehen von einigen allgemeinen Prinzipien – nicht zu erkennen.

¹⁰ Vgl. M. Orzechowski, Odra-Nysa Łużycka-Bałtyk w polskiej myśli politycznej okresu II wojny światowej, Breslau 1969, S. 54f.

¹¹ Vgl. dazu die exilpolnische Sammlung diplomatischer Dokumente: Documents on Polish-Soviet Relations (1939–1945), 2 Bde., London 1961 u. 1967.

ersten Jahren nach Kriegsende notwendig, in denen die PPS (WRN) im Bündnis (und seit Dezember 1948 im Zwangsverband) mit der kommunistischen Partei (PPR) immerhin nicht ganz ohne Einfluß blieb, auch wenn die entscheidenden Machtpositionen schon von Kommunisten besetzt waren.

Wesentliche Programmpunkte wie die auf der entschädigungslosen Enteignung des Großgrundbesitzes basierende Agrarreform und die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien waren ohnehin identisch mit den Forderungen der polnischen Kommunisten und wurden 1945 unverzüglich verwirklicht. Die umfangreichen Verstaatlichungsmaßnahmen in anderen Bereichen versuchte die PPS dagegen in den ersten Nachkriegsjahren zu bremsen oder abzumildern und blieb damit genau den Vorstellungen treu, die im „Programm Volkspolens“ niedergelegt waren. Vor allem aber weisen verfassungspolitisch die Vorstellungen der PPS in eine andere Richtung als die der PPR. Das Ziel der PPS war, auch wenn sich Sozialisten und Kommunisten in ihren Forderungen nach sozialer und ökonomischer Demokratisierung formal vielfach trafen, eindeutig auf eine parlamentarische Republik mit prinzipiellem Parteienpluralismus gerichtet und von der Monopolisierung der Macht durch eine Partei mit allen ihren Konsequenzen weit entfernt. Die Formel vom „demokratischen Sozialismus“ mag annähernd die Zielvorstellung der PPS umschreiben, der auf Grund der äußeren Situation Polens keine Chance gegeben wurde.

Christoph Kleßmann

Dokument

Program Polski Ludowej¹² (August 1941)

Schon vor dem Krieg leistete die Bewegung der Arbeiter, Bauern und Geistesarbeiter einen sehr bedeutsamen Beitrag zur Entwicklung programmatischer Vorstellungen in der polnischen Öffentlichkeit. Die Niederlage unseres Landes hat die Notwendigkeit deutlich gemacht, daß sich das ganze demokratische Lager so eng wie möglich zusammenschließen und einen mächtigen Block bilden muß, der allein erfolgreich den Kampf mit dem Okkupanten aufnehmen und durchführen und die Voraussetzung für ein neues Polen schaffen kann. Die Grundlage eines solchen Blockes muß ein konkretes politisches und soziales Programm sein. Daher zielten auch beinahe seit den ersten Tagen der Okkupation die Anstrengungen der Ver-

¹² Zur Textüberlieferung ist anzumerken: die hier vorgelegte Fassung ist der 1943 in London veröffentlichte vollständige Text. Zaremba, Mitautor des Dokuments, geht in seinen Zitaten ebenfalls von dieser Fassung aus (a. a. O., S. 170–172). Die englische Übersetzung, die mir nicht zugänglich war, ist offenbar stark gekürzt. Soweit das Programm in polnischen Untergrundzeitungen abgedruckt wurde, dürften Kürzungen ebenfalls wahrscheinlich sein. Überdies war der Text, der dem polnischen „Nationalrat“ in London vorgelegt wurde, um einen charakteristischen außenpolitischen Passus erweitert (s. u. Anm. 30). Lipgens gibt in seiner Sammlung einen auf der gekürzten englischen Fassung basierenden übersetzten Auszug (a. a. O., S. 320–22). Durch die doppelte Übersetzung ist die Übertragung allerdings an

treter des Lagers der Arbeiter, Bauern und der demokratischen Intelligenz darauf ab, das bisherige geistige Erbe der einzelnen Gruppen in den einheitlichen Rahmen eines gemeinsamen Programms einzubringen¹³.

Der Text, den wir hier vorlegen, ist das Ergebnis von Überlegungen und Diskussionen, die vor allem in Arbeiter- und Bauernkreisen durchgeführt worden sind¹⁴. Er gibt Antwort auf drei grundsätzliche Fragen unserer gegenwärtigen Lage:

1. welchen Charakter unser Widerstandskampf haben soll und wie die aus seinem Führungsorgan hervorgehende künftige Regierung im wiedererstandenen Polen aufgebaut sein soll;
2. welche politische Struktur das wiedererrichtete Polen haben soll;
3. in welcher Weise die grundsätzlichen sozialen Probleme gelöst werden sollen.

Die Grundlage der folgenden Vorstellungen ist die prinzipielle These von der sozialen und politischen Interessengleichheit des arbeitenden Volkes in Stadt und Land¹⁵. Deswegen ist dieses Programm auch nicht Ausdruck eines Kompromisses, es trifft keine ideologischen Übereinkommen mit irgendeiner Seite, sondern bringt unverfälscht die Anschauungen zum Ausdruck, die gemeinsames Gut der organisierten Bauern- und Arbeitermassen sind.

Dieses Programm befaßt sich mit Grundsatzfragen: bewußt übergeht es einige Einzelfragen, auf andere macht es lediglich aufmerksam. Seine Aufgabe ist es, den Weg aufzuzeigen, den schon spezielle Ausarbeitungen eingeschlagen haben, die Einzelheiten der politischen oder wirtschaftlichen Struktur des künftigen Polens behandeln¹⁶. Wir glauben, daß dieses Programm das demokratische Bewußtsein in Polen festigt, indem es letztlich die geistige und politische Selbstbestimmung der verschiedenen Gruppen herbeiführt und dadurch hilft, den besten Weg zu finden für die unerläßliche Konzentration der demokratischen Kräfte, die Polen künftig eine bedeutsame Stellung wünschen, und zwar nicht nur auf Grund materieller Stärke, sondern auch durch die Aktualisierung seiner besten Traditionen, die Polen oftmals in der Geschichte der Menschheit in helles Licht gerückt haben¹⁷.

Der brutale Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen unterbrach im September 1939 den Prozeß der Konsolidierung der Massenbewegungen der Bauern und Arbeiter,

einigen Stellen sehr ungenau geworden, die Datierung November/Dezember ist falsch und die Annahme, daß es sich um ein Programm der „drei großen Parteien“ handele, ebenfalls. Die Nationaldemokraten konnten einem solchen sozialistischen Programm niemals zustimmen. Ein knapper Auszug aus dem vorliegenden Text findet sich auch im Anhang meines Buches: Die Selbstbehauptung einer Nation, NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1945, Düsseldorf 1971, S. 248f.

¹³ Als organisatorischer Hintergrund ist hier auf das „Politische Verständigungskomitee“ (Polityczny Komitet Porozumiewawczy) zu verweisen, das im Februar 1940 aus Vertretern der Oppositionsparteien der Vorkriegszeit und des militärischen „Verbandes für bewaffneten Kampf“ (ZWZ) gegründet wurde.

¹⁴ Vgl. oben, S. 104.

¹⁵ Es geht hier um die postulierte gemeinsame Plattform von WRN und Bauernpartei (SL). De facto waren die Interessen keineswegs identisch, wie sich schon an den Schwierigkeiten der Einigung auf dieses Programm zeigte.

¹⁶ Siehe oben Anm. 4.

¹⁷ Der Hinweis auf die Tradition ist ein sehr häufiger Topos in vielen Grundsatzserklärungen dieser Zeit, konkret sind damit insbesondere die polnische Aufklärung des 18. Jahrhunderts, die Aufstände von 1830 und 1863 sowie die „große Emigration“ gemeint.

die es auf einen Sturz der diktatorischen Regierungen der OZN-Clique¹⁸ und die Begründung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit in Polen abgesehen hatten. Obwohl diese Bewegungen aus der offiziellen politischen Arena verdrängt worden waren, erwiesen sie sich dennoch bei Kriegsausbruch als die einzigen gesellschaftlichen Kräfte, die zur Übernahme der Verteidigungsaufgaben fähig waren¹⁹. Auf ihnen ruhte auch nach der Septemberkatastrophe die Hauptlast des Kampfes gegen die Okkupation und auch der Vorbereitungen für den Wiederaufbau des polnischen Staates.

Im Bewußtsein der historischen Rolle des polnischen Volkes müssen die organisierten Massen der ländlichen und städtischen Arbeiter die Aufgabe übernehmen, alle Kräfte der polnischen Demokratie zu konzentrieren im Kampf um die vollständige Beseitigung der Okkupation vom Territorium der Republik und um den Aufbau eines polnischen Staates in solchem Umfang und von solcher Stärke²⁰, daß er nicht nur zu einer dauerhaften unabhängigen Existenz fähig ist, sondern auch eine Bürgschaft für den Frieden in Mitteleuropa leistet und einen Hort der Freiheit unter den benachbarten Nationen bildet. Für die Verwirklichung dieses Ziels ist es notwendig, ein unabhängiges Polen vom ersten Tage des Aufbaus an auf eine demokratisch-republikanische Grundlage zu stellen und die unerläßlichen sozialen Reformen durchzuführen, welche den Volksmassen die gebührenden Bedingungen ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entfaltung garantieren.

Die Anstrengungen des arbeitenden Volkes Polens im Kampf um die Erlangung der Unabhängigkeit müssen zweckmäßig organisiert werden, und auf diese Weise müssen Bauern, Arbeiter und Intelligenz erreichen, daß vom ersten Tage der Unabhängigkeit an das arbeitende Volk entscheidenden und dauerhaften Einfluß auf die Staatsregierung erlangt: in Gestalt einer Volksregierung (Rządu Ludowego). Die Konzentration aller demokratischen Kräfte sollte schon jetzt während des Kampfes gegen die Okkupation beginnen, indem ein einheitliches politisch-gesellschaftliches Programm entwickelt wird, das auf den folgenden Grundsätzen basiert.

Die erste vom klaren Willen der Volksmassen getragene Regierung des freien Polen gibt unverzüglich nach ihrer Konstituierung Erlasse heraus, die den Grundriß der politischen und wirtschaftlich-sozialen Verfassung der neuen Republik festlegen. Im einzelnen sollen sie vorsehen:

- a) Landreform durch Nationalisierung und Parzellierung der großen Güter²¹, wobei der enteignete Boden sofort der Aufsicht von Landreformkomitees der Gemeinden und Kreise anvertraut werden soll;
- b) Enteignung der für die Vergesellschaftung reifen Industriebetriebe und Über-

¹⁸ Obóz Zjednoczenia Narodowego, Lager der Nationalen Vereinigung. Diese faschistoide Sammlungsbewegung wurde 1937 gegründet und stützte die Sanacja-Regierung und ihre Aprilverfassung von 1935. Bei den gelenkten Wahlen von 1938 errang das OZN 161 der 208 Sejm-Mandate; H. Roos, Geschichte der polnischen Nation 1916-1960, Stuttgart 1961, S. 151.

¹⁹ Gemeint sind die vier großen ehemaligen Oppositionsparteien PPS, Bauernpartei, Arbeitspartei (SP) und Nationaldemokraten (SN); vgl. Anm. 13.

²⁰ Implizit wird hier die Notwendigkeit einer territorialen Erweiterung des polnischen Staatsgebietes angesprochen, präzisiert werden solche Vorstellungen aber erst in späteren Erklärungen.

²¹ Vgl. dazu den Passus über die entschädigungslose Enteignung im Abschnitt B und Anm. 32.

- tragung an den Staat, Selbstverwaltungskörperschaften oder Genossenschaften und gleichzeitig Schaffung einer innerbetrieblichen Leitung dieser Betriebe;
- c) Reform des Steuersystems mit dem Ziel einer gerechten Verteilung der Steuerlasten auf alle Schichten der Gesellschaft;
 - d) Annullierung aller Maßnahmen der Okkupanten, welche Besitz und Vermögen der Bürger der Republik betreffen²², und Übertragung dieses Besitzes zur Sicherung an zu diesem Zweck geschaffene nichtstaatliche Organisationen;
 - e) Bestrafung aller Bürger, die die Republik verraten haben, indem sie sich den Okkupanten zur Verfügung stellten;
 - f) Schaffung eines Sondergerichts, vor das die zivilen und militärischen Repräsentanten des Sanacja-Regimes gestellt werden, die für den Mißbrauch der Regierungsgewalt verantwortlich sind und die dem Staat und den Volksmassen Schaden zugefügt haben.

Diese Regierung schreibt Wahlen zum Sejm und Senat aus nach den Prinzipien eines demokratischen Wahlrechts und arbeitet einen Plan zum Aufbau der Republik auf einer neuen innenpolitischen Basis aus. Dieser Plan soll sich auf folgende Grundsätze stützen:

A. Im politischen Bereich

Eine republikanisch-demokratische Staatsverfassung wird geschaffen, die die notwendige Beständigkeit des Staates und die Leistungsfähigkeit und Stärke der Regierungen sichert und den Bürgern Einflußmöglichkeiten einräumt auf die Bildung der höchsten Staatsorgane und auf die Politik und die Tätigkeit des in seiner Würde wiederhergestellten, aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Parlaments; außerdem soll es das Recht des Plebiszits und der Volksinitiative geben²³.

Eine breit ausgebaute örtliche Selbstverwaltung wird aufgebaut, die viele der Funktionen übernimmt, welche bisher die Regierungsadministration ausübte; neben der lokalen muß sich die Selbstverwaltung in der Wirtschaft, den gesellschaftlichen Organisationen und den wissenschaftlichen Anstalten frei entwickeln können. Die Bewegung der Arbeiter und der Geistesarbeiter sowie die wirtschaftlichen und sozialen Organisationen und Genossenschaften auf dem Lande bewahren ihre volle Selbstverwaltung und erhalten zugleich ihre festen Aufgaben in der Ordnung der Republik.

Meinungs- und Organisationsfreiheit im Bereich des geistig-politischen, sozialen und kulturellen Lebens auf der Basis von Demokratie und Unabhängigkeit wird garantiert.

Alle Bürger der Republik erhalten möglichst gleiche Startchancen durch einen wirklich allgemeinen und kostenlosen Unterricht, der jedem Bürger das erforderliche Minimum an allgemeiner Bildung sichert und ihm den Zugang zur Kultur öffnet²⁴.

Allen loyalen Bürgern werden unabhängig von Religion und Nationalität gleiche Rechte eingeräumt.

²² Durch die Polenvermögensordnung vom 17. September 1940 konnte generell ländliches und gewerbliches Vermögen konfisziert werden. In den eingegliederten Gebieten wurden bis 1943 ca. 6 Mill. ha polnischen und jüdischen Grundbesitzes beschlagnahmt; M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, 2. Aufl. Fischer-Bücherei Frankfurt 1965, S. 127 und 203, Anm. 71.

²³ Plebiszit und Volksinitiative waren weder in der Verfassung von 1921 noch in der von 1935 vorgesehen.

²⁴ Das Bildungswesen war eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte Vorkriegspolens. Besonders signifikant war das krasse Gefälle zwischen Stadt und Land und die hohe Analphabetenrate, die noch 1931 ca. 23 % betrug.

Die deutsche Bevölkerung, die auf polnischem Boden zur Förderung der Germanisierung angesiedelt wurde, insbesondere seit der ersten Teilung, wird nach Deutschland umgesiedelt²⁵. Das gleiche soll für alle gelten, die sich als sogenannte Volksdeutsche eintragen ließen²⁶. Innerhalb der Grenzen Polens können nur die Bürger deutscher Abstammung verbleiben, die durch ihre Handlungen und besonders durch ihr Verhalten während des Krieges und der Okkupation ihre Loyalität und Treue gegenüber dem polnischen Staat unter Beweis gestellt haben.

Die Reform der Sozialverfassung beseitigt die wirtschaftlichen Grundlagen der Antagonismen unter den Nationalitäten und hebt insbesondere hinsichtlich der jüdischen Frage die unnatürliche und einseitige Konzentration der Juden im Handel²⁷ auf und beseitigt ebenfalls vollständig einige wirtschaftliche Auswüchse.

Die demokratische Verfassung wird hinreichend gesichert gegen alle ihr feindlich gesinnten Kräfte²⁸.

Die Republik wird Mitglied eines Zusammenschlusses der freien Völker Europas sein und wird sich innerhalb dieses Verbandes um seinen größtmöglichen Zusammenhalt, seine Autorität und Stärke bemühen, damit er fähig ist, alle Versuche innerer Diversion durch einen übertriebenen Nationalismus zunichtezumachen und sich und seine Mitglieder vor der Gefahr eines Angriffs von außen zu schützen²⁹.

²⁵ Diese sehr vage und inhaltlich dehnbare Formel klingt wie ein Freibrief für die Umsiedlung aller Deutschen aus den Gebieten Posens und Westpreußens. In erster Linie dürfte sie sich aber wohl auf die seit Bismarck betriebene Ansiedlungspolitik beziehen.

²⁶ Hier wird auf die rechtliche Sonderstellung der im Gebiet des Generalgouvernements lebenden polnischen Staatsbürger deutscher Abstammung angespielt. Der erste Paragraph der Verordnung über die Einführung von Kennkarten für die Volksdeutschen vom 26. 1. 1940 lautete: „Deutscher Volkszugehöriger ist, wer sich, ohne im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit zu sein, als Angehöriger des deutschen Volkes bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch Abstammung, Sprache, Haltung, Erziehung oder sonstige Umstände bestätigt wird.“ *Documenta Occupationis Teutonicae* Bd. VI, Posen 1958, S. 174f.

²⁷ Die polnischen Juden waren zum weit überwiegenden Teil in den Städten konzentriert und stellten dort bis zu einem Drittel der Bevölkerung. 1931 bildeten die Juden 58,7 % der Berufszugehörigen des Handels in Polen, unter den selbständig Handel Treibenden waren sie sogar mit 70,7 % vertreten; W. Markert (Hrsg.), *Osteuropa-Handbuch, Polen*, Köln 1959, S. 122 Anm. 4. Dieser Passus deutet also auf ein soziales Problem hin und ist nicht als antisemitisches Ressentiment zu verstehen. Die PPS gehörte neben der polnischen KP zu den wenigen Parteien, welche den Antisemitismus zu bekämpfen versuchten; vgl. J. Żarnowski, *Polska Partia Socjalistyczna w latach 1935–1939*, Warschau 1965, S. 345.

²⁸ Nur in der Verfassung von 1935 war mit dem Artikel 10 eine ausdrückliche Berechtigung des Staates zum Schutz gegen gesetzes- und staatsfeindliche Aktivitäten formuliert, freilich in sehr allgemeinen Worten, so daß der Exekutive ein gefährlich großer Ermessungsspielraum blieb. *Constitution de la République de Pologne du 23 Avril 1935*, Varsovie (Commission Polonaise de Coopération Juridique Internationale) 1935, S. 35.

²⁹ Dieser Satz ist die einzige Aussage des Programms zur Außenpolitik. Der hier genannte Zusammenschluß orientiert sich offensichtlich am Völkerbund. Interessant ist die Variante, welche Vertreter der PPS und des SL im Exil in London bei den Grundsatzdebatten, denen dieses Programm als Basis diente, einfügten: „Die Polnische Republik wird danach streben, eine möglichst enge staatliche und politische Verbindung mit anderen Staaten Mitteleuropas, besonders mit der tschechoslowakischen Bruderrepublik, herzustellen . . .“ Zit. b. Lipgens, a. a. O., S. 321. Diese Vorstellung einer ostmitteleuropäischen Föderation spielte in späteren

B. Im sozialen und wirtschaftlichen Bereich

Ziel der Reform der Sozialverfassung ist: eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens. Die Reform soll so erfolgen, daß die Produktivität nicht verringert, sondern erhöht wird und zugleich auch der Entwicklungsstand des Wirtschaftslebens gehoben wird; nur auf diesem Wege ist eine allgemeine Anhebung des Lebensstandards der arbeitenden Massen in Stadt und Land zu erreichen.

Die Realisierung des Ideals der sozialen Gerechtigkeit soll durch die Vergesellschaftung bestimmter Sektoren der Wirtschaft erfolgen und durch größtmögliche Verringerung der Unterschiede in Besitz und Einkommen in den Wirtschaftszweigen, die nicht sozialisiert werden.

Arbeit wird der einzige Titel sein, auf Grund dessen man am Volkseinkommen teilhat. Jede Ausbeutung des Menschen muß aus dem sozialen Leben verschwinden.

Die Reform der wirtschaftlich-sozialen Verfassung und die staatliche Wirtschaftspolitik müssen von dem Grundsatz der engen Interessensolidarität der Bauern, Arbeiter und Geistesarbeiter ausgehen und müssen die Verwirklichung eines vollständigen Gleichgewichts bei der Verteilung des Volkseinkommens unter den einzelnen arbeitenden Berufsgruppen zum Ziel haben. Der Neuaufbau wird sich vor allem auf den freien, selbständigen und gesellschaftlich verantwortlichen Menschen stützen. Die auf den breiten Massen beruhende neue soziale Ordnung wird Ausdruck der wahren Demokratisierung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens sein und seine Entwicklungsdynamik bestimmen. Die grundlegende Form der Vergesellschaftung wird die Übernahme der einzelnen wirtschaftlichen Aufgaben durch gesellschaftliche Organisationen sein (Genossenschaften, Selbstverwaltungskörperschaften u.ä.). Das Genossenschaftswesen, das sich auf den industriellen, den landwirtschaftlichen und den Konsum-Bereich, darüber hinaus auch auf den Sektor der öffentlichen Dienstleistungen erstreckt, wird demgemäß in dem künftigen System eine breite Fundierung besitzen und eine entsprechende Unterstützung durch Staat und Gesellschaft erhalten³⁰.

Verstaatlicht werden sollen vor allem die Bereiche der Wirtschaft, die mit der Verteidigung des Staates zusammenhängen oder Schlüsselfunktionen in der Volkswirtschaft besitzen (Eisenbahn, Post, Kommunikationswesen, Rüstungsindustrie, Rohstoffindustrie, Bergbau usw.). Kleine Privatunternehmen werden einer gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen, die von Selbstverwaltungskörperschaften des jeweiligen Produktionszweiges ausgeübt wird und in denen Produzenten und Verbraucher vertreten sind.

Handwerk und Kleinindustrie bleiben grundsätzlich in Privathand. Einige Zweige des Handwerks sollen genossenschaftliche Dachorganisationen schaffen zur Erfüllung gemeinsamer Aufgaben wie Einkauf von Rohstoffen, Verkauf der Fertigwaren, ge-

Verlautbarungen der WRN eine wichtige Rolle und stieß wegen ihres offensichtlich anti-sowjetischen Akzents auf scharfe Kritik bei den Kommunisten; vgl. Orzechowski, a. a. O., S. 34 ff. N. Kotonejczyk, *Sprawa granicy zachodniej Polski w programach stronnictw politycznych w latach 1939-1944*, in: *Problemy Wojny*, a. a. O. (s. Anm. 1), S. 286. Ein Dokument der WRN von 1942 zum Föderationsplan bringt Lippens, a. a. O., S. 322 ff. Eine Monographie zu diesem Thema hat P. S. Wandycz verfaßt: *Czechoslovak-Polish Confederation and the Great Powers 1940-1943*, Indiana University Publications 1956.

³⁰ Das polnische Genossenschaftswesen, das für die Geschichte der Wiedererringung der Unabhängigkeit eine zentrale Rolle gespielt hatte, nahm auch in Vorkriegspolen, nicht zuletzt für die nationalen Minderheiten, einen bedeutsamen Platz ein. 1937 gab es in Polen 12860 Genossenschaften mit 3,016 Mill. Mitgliedern; *Mały słownik historii Polski*, 3. erw. Aufl. Warschau 1964, S. 338; vgl. auch Osteuropa-Handbuch, Polen, a. a. O., S. 77 f.

meinsame Nutzung technischer Einrichtungen, Organisation von Krediten usw. Auf genossenschaftlichen Grundsätzen soll auch die Heim- und Volksindustrie fußen³¹.

Der Großgrundbesitz wird entschädigungslos enteignet. Die Grundlage des Landwirtschaftssystems wird der bäuerliche Familienbetrieb sein³². Aus einem Teil des enteigneten Bodens mit hoher landwirtschaftlicher Kultur können landwirtschaftliche Musterbetriebe, Versuchsstationen, Saatguthetriebe u.ä. geschaffen werden.

Technische, ökonomische und organisatorische Fehler und Mängel des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes sollen ausgeglichen werden durch den breiten Ausbau des Genossenschaftswesens.

Die Organisation des Handels wird in dem künftigen System in erster Linie auf dem Genossenschaftswesen beruhen. Das Bank- und Kreditwesen wird insgesamt in die Hand gesellschaftlicher Organisationen und des Staates übergehen³³. Die Währungs- und Finanzpolitik des Staates wird an die allgemeinen Bedürfnisse der im Aufbau begriffenen Volkswirtschaft angepaßt. In Stadt und Land wird ein Netz von Sozialversicherungen geschaffen.

Die Entwicklung der Wirtschaft erfolgt auf der Basis der Planwirtschaft. Der Wirtschaftsplan wird darin bestehen, daß die Richtung und die Prinzipien der Wirtschaftsentwicklung festgelegt werden und außerdem ein Rahmen gesetzt wird für alle, die an der Produktion und am Austausch von Waren und Geld beteiligt sind.

Die Organisation der Wirtschaft wird auf den Prinzipien einer Selbstverwaltung beruhen. Darin werden die einzelnen Wirtschaftszweige repräsentiert und alle betroffenen sozialen Schichten vertreten sein, also Arbeiter, Geistesarbeiter sowie die Eigentümer der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe (staatlich, vergesellschaftet und privat). Die einzelnen Sektoren von Industrie und Handwerk schaffen sich eigene Fachverbände und werden in der Industriekammer der Wojewodschaft koordiniert, die mit der Landwirtschaftskammer der Wojewodschaft zusammenarbeitet³⁴.

Die Dachorganisation der einzelnen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften bildet die Oberste Wirtschaftskammer, deren wichtigste Funktion es ist, die Interessen aller Wirtschaftszweige gegenüber der staatlichen Administration zu vertreten und das Wirtschaftsleben zu planen und zu koordinieren.

³¹ Vor dem Krieg gab es ca. eine halbe Million im Handwerk Beschäftigte. Dazu kamen Ende der dreißiger Jahre schätzungsweise eine Million „Heimarbeiter“, die ohne hinreichende soziale Sicherungen und gegen schlechte Bezahlung Auftragsarbeiten ausführten. Ferner wird für 1937 eine Anzahl von etwa 800 000 meist ländlichen Beschäftigten in der sogenannten „Heim- und Volksindustrie“ geschätzt; Ajnenkiel, a. a. O., S. 178.

³² Die Großgrundbesitzer hatten 1938 immer noch 24 % der agrarischen Nutzfläche. Nicht enthalten ist in dieser Zahl der öffentliche und kirchliche Landbesitz von ca. 16 %; Ajnenkiel, a. a. O., S. 181. Wichtig ist hier die Forderung nach *entschädigungsloser* Enteignung. Dieses Postulat wurde in den folgenden Jahren ein zentrales Element der kommunistischen Angriffe gegen die „Londoner“, die in dieser Frage angeblich nicht radikal genug waren.

³³ Während 1929 noch die Privatbanken an der Spitze des Kreditaufkommens standen und auch die ausländischen eine bedeutsame Rolle spielten, lagen 1938 die staatlichen Kreditinstitute an der Spitze, gefolgt von öffentlich-rechtlichen, erst an dritter Stelle standen die privaten Banken. Genaue Zahlenangaben in dem Sammelwerk: Pologne 1919–1939, Bd. II, Vie Economique, Neuchatel o. J. (ca. 1944), S. 651 ff.

³⁴ In den Grundzügen entspricht diese Organisationsvorstellung der in Polen vor 1939 und in den ersten Jahren nach 1945 gültigen Ordnung der Industrie- und Handwerkskammern; vgl. Maly Słownik, a. a. O., s. v. Izby.

Über die gesamte Wirtschaftsentwicklung und die wirtschaftliche Tätigkeit der Selbstverwaltungsorganisationen und der Verbände der einzelnen Produktionszweige übt der Staat Kontrolle aus, und er leistet ihnen Hilfe. Er hat insbesondere darauf zu achten, daß die Gesamtwirtschaft im Endergebnis entsprechende Mittel für die Verteidigung liefert und die Bedeutung Polens unter den anderen Nationen sichert.

Nur beharrlicher und entschiedener Kampf gegen die Okkupanten auf polnischem Territorium kann der erfolgversprechende Weg zur Verwirklichung der hier aufgezeigten politischen und gesellschaftlichen Prinzipien zur Umgestaltung Polens sein.

Auf diesem Weg muß das arbeitende Volk zugleich den Widerstand der Klassen und Gruppen brechen, die im alten Polen privilegiert waren und die ihre Privilegien zu erhalten wünschen. Demokratische Konzentration sollte daher Ausdruck der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes gegen die Okkupanten und zugleich des entschiedenen Kampfes gegen die Reaktion im eigenen Lande sein³⁵.

Eine geistig einheitlich ausgerichtete und politisch disziplinierte polnische Demokratie³⁶, die auf die Auseinandersetzung mit dem äußeren Feind vorbereitet und entschlossen ist, alle Hindernisse der Reaktion im Inneren zu überwinden, muß siegen und wird eine neue Ära der Entwicklung Polens einleiten im brüderlichen Zusammenleben mit anderen freien Nationen.

³⁵ Diese programmatische Aussage zur Notwendigkeit der Bekämpfung der Reaktion im eigenen Lande, d. h. sowohl der rechten Gruppen im „Londoner Lager“ als auch besonders der rechtsradikalen „Nationalen Streitkräfte“ (NSZ), ist insofern wichtig, als in den folgenden Jahren der Vorwurf der Kooperation mit der Reaktion zu einem der Hauptangriffspunkte der polnischen Kommunisten auch gegen die WRN wurde.

³⁶ Diese stark nach „formierter Gesellschaft“ klingende Formulierung wird nur verständlich vor dem Hintergrund der instabilen Demokratie der zweiten Republik, die dann in den autoritären Sanacja-Staat einmündete.